



Wir lassen uns nicht weg(t)räumen

Der Protest gegen die Verfügung von Regierungstatthalter Lerch ist breit und lebendig. Sein stärkster Ausdruck bisher war die Strassenparty vom 11. Mai. Gefordert wurde Freiraum und eine lebendige Stadt Bern, die Platz für alle bietet. Von Nicolas Fuhrmann und Seraina Patzen

Es ist Freitagabend der 11. Mai 2012. Wie jeden Freitagabend treffen sich unzählige Jugendliche in und vor der Reitschule um Freund_innen zu treffen, Musik zu hören, zusammen zu sein oder etwas zu trinken. Aber an diesem Freitagabend ist etwas anders. An diesem Abend tritt die Verfügung von Regierungstatthalter Lerch in Kraft. Das heisst ab 00:30 Uhr muss der Vorplatz leer und ruhig sein, damit die kleine Schar von Anwohner_innen endlich schlafen kann. An diesem Abend ist der Vorplatz um 01:00 Uhr tatsächlich leer und ruhig. Dafür ziehen 4'000 Jugendliche laut und tanzend durch die Stadt, auf der Suche nach einem neuen Ort, wo sie sich ungestört treffen können.

Um halb Eins weiss noch niemand recht, was passieren wird. Alle Menschen wurden mit dem Hinweis, draussen gehe es noch weiter, aus der Reitschule auf den Vorplatz geschickt. Danach warten alle Reitschulbesucher_innen gespannt auf dem Vorplatz. Die Reitschule schliesst ihre Tore hinter den letzten Besucher_innen, die Leute stehen dicht nebeneinander, die Stimmung ist angespannt und mitreissend. Ein Transparent mit dem Slogan „nehmt ihr uns den Vorplatz, nehmen wir uns die Stadt“ wird über den Menschen ausgerollt und ertotet tosenden Applaus. Dann gehen die Tore der grossen

Halle auf, und laute Musik übertönt das Kreischen der Menge. Langsam fährt der erste von drei bunten Musikwagen auf den Vorplatz. Die Menschen machen sich auf den Weg zur grössten Strassenparty in Bern seit 25 Jahren. Die Stimmung ist ausgelassen und fröhlich. Ganz deutlich ist das Gefühl da, dass wir uns endlich bemerkbar machen können, dass man uns nach dieser Nacht wahrnehmen muss. Die Anerkennung für die Organisation durch die Reitschule ist gross, man hört von allen Seiten, dass niemand eine solche Menschenmenge erwartet hätte. 4'000 Menschen, ein Umzug der vom Bollwerk bis zum Bahnhofplatz reicht, tanzen die ganze Nacht für mehr Freiraum, alternative Kultur und ein lebendiges Nachtleben.

Die Verfügung des Regierungstatthalters hat etwas ausgelöst. Irgendetwas daran brachte das Fass zum überlaufen, brachte 4'000 Jugendliche für eine Nacht auf die Strasse, alle mit einem Anliegen.

Lerch sagt, bei seiner Verfügung gehe es um Gleichberechtigung der Kulturbetriebe. Um Lärmklagen. Er spricht von Sicherheit und vom Gastgewerbegesetz. Den Demonstrant_innen vom 11. Mai ist das Gastgewerbegesetz egal, ebenso wie die Lärmklagen. Ihnen geht es darum, dass es in der Stadt Bern schon jetzt an

Fortsetzung auf Seite 2

Die JA! ist in Feststimmung. Denn bald ist es zwanzig Jahre her, dass sie im geschichtsträchtigen Zimmerwald gegründet wurde. Seither kamen und gingen viele Aktivist_innen. Und obschon sich das Erscheinungsbild gewandelt hat, steht die JA! immer noch sinnbildlich für eine unkomplizierte, kreative, kritische, linke und junge Politik. Die politische Agenda der JA! hat sich kaum geändert und es fällt auf, dass uns die aktuellen Themen dieses JA!rgons schon öfters beschäftigt haben: Die Wohnungsnot, bereits vor zwanzig Jahren ein Thema, hat sich in den letzten Jahren immer mehr verschärft und so kommt die „Wohninitiative“ gerade zur rechten Zeit. Mit ihr setzen wir uns ein für erschwinglichen Wohnraum für alle Menschen in der Stadt Bern! Nicht nur Wohn-, sondern auch Freiraum sind der JA! seit anhin ein Anliegen. Die Thematik scheint ein Dauerbrenner zu sein. Besonders die Angriffe auf die Reitschule haben bis heute nicht aufgehört und sind leider wieder aktuell. Die JA! macht sich heute wie damals für nicht kommerziellen Freiraum und alternative Kultur stark, denn wir lassen uns nicht weg(t)räumen! Nicht nur bei den politischen Themen hat sich wenig verändert. Als offene Plattform ohne Mitglieder und Mutterpartei war die JA! immer auf Spenden von Sympathisant_innen angewiesen. So auch gerade in diesem Jahr: nebst den im Herbst anstehenden Stadtratswahlen, wollen wir den 20. Geburtstag der JA! gebührend feiern! Deshalb bitten wir euch: Lasst die Kasse klingeln für eine JA!, die sich weiterhin für eure Anliegen und eure Stadt Bern stark macht! Von Nadin Fuhrer und Lorenz Stalder

Inhaltsverzeichnis

Wir lassen uns nicht weg(t)räumen	Seite 1
Editorial	Seite 2
Stöckacker - Leuchtturmprojekt oder Luxussanierung?	Seite 3
Pro/Contra	Seite 4
Staatsvertragsinitiative	
Wohninitiative	Seite 6
Managed Care	Seite 7
Vermischtes	Seite 8

Freiraum für Jugendliche fehlt. Es braucht Plätze, an denen man sich ohne Konsumzwang treffen und ausleben kann. Der Vorplatz, ist einer der letzten solchen Plätze. Hier findet ein Generationen- und Kulturaustausch statt, der wohl in der übrigen Stadt vergeblich seinesgleichen sucht.

Die Verfügung des Regierungsstatthalters Lerch ist nur ein Ausdruck einer Politik und Entwicklung, die immer mehr solche Freiräume verschwinden lässt. Auf der grossen Schanze beispielsweise gibt es kaum mehr einen Fleck Rasen neben Citybeach und Orange-Cinema. Im öffentlichen Raum haben kommerzielle Anliegen immer Vorrang zu allem Anderen. Wenn irgendeine Firma einen Werbeanlass auf dem Waisenhausplatz veranstaltet, ist das kein Problem für die Behörden. Vielleicht müssen dafür halt ein paar Jugendliche, die dort normalerweise zusammensitzen, weichen. Oder eine Demo muss durch Nebengassen in der Altstadt ziehen, damit sie den Umsatz der zahlreichen Geschäften in den Hauptstrassen nicht stört. Und sowieso wird immer aufgepasst, dass der öffentliche Raum nicht „übernutzt“ wird. Nur leider fallen der Citybeach auf der grossen Schanze und der Tobleroneturm auf Waisenhausplatz anscheinend nicht unter Übernutzung.

Ein weiteres Problem ist die immer stärkere Überwachung durch die Polizei aber auch private Sicherheitsfirmen oder auch Kameras. Viele Schulhausplätze werden inzwischen von Securitas bewacht, der Aufenthalt auf ihnen ist nach 22 Uhr nicht mehr gestattet. Dank dem Wegweisungsartikel hat auch die Polizei immer eine Handhabe, alle das Stadtbild „störenden“ Menschen von öffentlichen Plätzen fort zu schicken.

Durch gezielte Städteplanung wird gemütliches Zusammensein in der Innenstadt sowieso beinahe verunmöglicht. Oder wer hat schon mal versucht, auf dem Bahnhofplatz ein ganz normales Bänkli zu finden? Oder wer suchte schon mal in der Nähe des Waisenhausplatzes eine öffentliche Toilette? Es sind Dinge der Unmöglichkeit.

Es ist klar, dass nicht alle 4'000 Demonstrant_innen gegen alle diese Entwicklungen demonstriert haben. Viele gehen am Samstagnachmittag wohl eher shoppen als an die Demo. Und trotzdem führen all diese Entwicklungen zu dieser grossen Empörung, die an diesem Freitagabend so gut zu spüren war. Denn der Vorplatz ist tatsächlich einer der letzten Freiräume und mit Sicherheit der belebteste Platz in der Stadt Bern. Ein Freiraum wo kein Konsumzwang herrscht, wo niemand überwacht und kontrolliert wird, wo so viele unterschiedliche Menschen zusammenkommen und sich trotzdem alle sicher fühlen. Dies ist ganz klar der Reitschule zu verdanken, die immer ein waches Auge auf den Vorplatz wirft und eingreift, wenn es wirklich nötig ist. Und trotzdem muss sich niemand von einem unsympathischen, arroganten Sicherheitsmensch durchsuchen lassen.

Ein lebendiges Nachtleben in Bern zu erhalten, ist ein wichtiges Anliegen. Daneben muss aber auch Freiraum erhalten und geschaffen und vor allem toleriert und akzeptiert werden. Er darf nicht wegen sinnloser und kleinlicher Paragrafenreiterei zerstört werden.

Schicke Regierungsstatthalter Christoph Lerch ein Protestpostkarte und sag ihm deine Meinung. Denn wir sind ebenso wichtig wie Anwohner_innen und wollen auch gehört und wahrgenommen werden!

Stöckacker – Leuchtturmprojekt oder Luxussanierung?

Die Stadt Bern will die in die Jahre gekommene Siedlung Stöckacker im Westen von Bern niederreißen und stattdessen ein ambitioniertes Siedlungsprojekt realisieren. Von 2000-Watt-Bauten, sozialer Durchmischung und „Leuchtturmprojekt“ spricht die eine Seite, von Luxussanierung, Verdrängung von günstigem Wohnraum und Falschinformation die andere. Was nun? Von Rahel Ruch

In den 40er Jahren baute die Stadt Bern die Siedlungsanlage Stöckacker zwischen der Innenstadt und Bümpliz. Während Jahrzehnten haben verschiedene Menschen in den langsam etwas heruntergekommenen Wohnungen gelebt, zuletzt zu einem sehr niedrigen Mietpreis, was wenig verdienenden entgegenkam und dazu beitrug, die akute Wohnungsnot in der Stadt Bern zu verringern. Nun sollen die Blöcke abgerissen werden, weil sich eine Renovation laut Stadt weder ökonomisch noch ökologisch lohnen würde. Anstelle der alten Häuser ist ein Ersatzneubau geplant, den die Stadt selber bauen möchte und der zwar gut klingt, aber zu höheren Mietpreisen führen wird. Am 17. Juni stimmen wir über die neue Überbauungsordnung ab, das heisst vor allem darüber ob wir die alten Häuser abreißen lassen wollen.

Projekt mit Ausstrahlung

Das Projekt der Stadt Bern hat durchaus besonderen Charakter: Erstmals seit Jahrzehnten will die Stadt Bern selber einen Neubau realisieren und so die Wohnsituation direkt beeinflussen anstatt einem privaten Investoren zu überlassen. Das ist eine positive Entwicklung, für welche die Linke seit langer Zeit kämpft. Die geplante Siedlungsanlage soll auch selbst besonders werden: Geplant ist eine bauliche Verdichtung, statt wie heute 106 will die Stadt 150 Wohnungen bauen: Erstens so genannte Familienwohnungen, zweitens luxuriöse Doppelgeschosswohnungen und drittens Wohnungen für SeniorInnen, die teilweise an Personen mit Ergänzungsleistungen abgegeben werden sollen. Der Ökologie wird einerseits durch die Bauweise nach Minergie-P-Eco Standard, (Energieeffizienz des Bauens, ökologische Rohstoffe) und andererseits durch ein Mobilitätskonzept, welches 0.16 Parkplätze pro Wohnung und ein Carsharing-Projekt beinhaltet Rechnung getragen. Auch die geplante siedlungseigene Kleinkläranlage und die Weiterverwendung des Abwassers, sowie die Massnahmen zur Reduktion des Wasserverbrauchs werden als vorbildlich bezeichnet.

Neben der Ökologie soll das Siedlungsprojekt auch heutigen sozialen Bedürfnissen entsprechen. So werden Gemeinschaftsräume erstellt und Raum für eine

KITA und andere Nutzungen geschaffen. Zudem spricht die Stadt von sozialer Durchmischung, indem die Wohnungen unterschiedliche MieterInnen ansprechen und so auch besser gestellte Personen im Westen Berns Einzug halten sollen. Alle Wohnungen werden allerdings teurer sein als heute – so soll eine 4-Zimmer Wohnung mit 96m² ungefähr 1'600 Franken netto kosten. Günstig ist das sicherlich nicht – doch für eine Neubauwohnung auch tatsächlich nicht überrissen. Klar ist, dass Neubauwohnungen kaum günstiger realisiert werden können.

Kritik: Verdrängung von günstigem Wohnraum

Hauptkritikpunkt am Projekt Stöckacker ist die Tatsache, dass günstiger Wohnraum abgebaut wird. Die bisherigen 106 günstigen Wohnungen würden mit dem Ersatzneubau verschwinden. Diese Wohnungen sind zum Teil sogar der Kategorie „Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien“ des städtischen Wohnbaufonds zugeordnet. Die Stadt versucht nun diesen Vorwurf zu kontern, in dem erstens scheinbar mit allen bisherigen Mieter_innen eine gute neue Lösung gefunden werden konnte und zweitens bis Bauvollendung ca. 30 andere Wohnungen des Wohnbaufonds vergünstigt werden sollen.

In diesem Zusammenhang pikant ist die Information, dass der Gemeinderat sowohl vor dem Stadtrat als auch vor der Stimmbevölkerung nicht transparent macht, dass die durchgeführte Machbarkeitsstudie nicht bloss die Variante „Ersatzneubau“ sondern auch die Variante „sanfte Renovation“ als möglich bezeichnet hat. Mit einer Renovation wäre der Mietzins nur sehr leicht gestiegen. Diese Tatsache lässt den Leuchtturm etwas erblassen.

Klar ist einzig: Die Stadt Bern braucht dringend neuen Wohnraum. Stöckacker kann ein Anfang sein. Die Stadt Bern braucht aber dringend günstigen Wohnraum – ob der Neubau hier Entlastung bringt, ist schwer zu sagen. Ob die Grundsatzkritik oder aber der Innovationsgedanke überwiegt, muss letztlich der Leser_in überlassen werden.

Pro/Contra Staatsvertragsinitiative

AUNS-Initiative "Staatsverträge vors Volk" PRO: Sind wir alle Idioten, die fremdbestimmt werden müssen? Von Robin Zurbrügg

Die Initiative «Staatsverträge vors Volk» will das obligatorische Referendum auf alle wichtigen Staatsverträge ausweiten. Das Volk soll künftig über jeden Staatsvertrag, der wichtige Bereiche betrifft, abstimmen. Es spielt hierbei keine Rolle, ob dieser Staatsvertrag umstritten ist oder nicht. Auf den ersten Blick scheint mir die Wahl klar, natürlich ja. Mehr Entscheidungsrecht dem Volk empfinde ich als etwas rein Positives. Weshalb werde ich also auf der Strasse von vulgären Plakaten beschuldigt, ich schade der armen Helvetia, wenn ich der Initiative zustimme? Neugierig wie ich bin, bin ich dieser Sache nachgegangen.

Das erste Argument, welchem ich begegne, lautet wie folgt: Die Initiative sei unnötig, da wir schon gute Möglichkeiten zur Mitbestimmung in der Aussenpolitik haben. Die Initiative würde also, wenn sie nun angenommen würde, der Demokratie eher schaden als nützen, weil das Volk einige Male mehr im Jahr abstimmen müsste und man sich durch die Flut der vielen Vorlagen weniger mit ihnen auseinandersetzen würde.

Bei der Widerlegung dieses Arguments ist es wichtig zu betonen, dass wir als Bürger_innen nicht gezwungen sind, uns bei einer Abstimmung darüber zu informieren, zu diskutieren und dann abzustimmen. Nein, es ist uns selbst überlassen. Es ist eine Möglichkeit. Nicht ein 'Müssen'. Ob jetzt diese wenigen Briefe mehr pro Jahr das Abstimmungsverhalten des Volkes derart negativ beeinflussen, wie es die Gegner_innen der Initiative voraussagen, wage ich zu bezweifeln.

Das zweite Argument, dem ich begegne, enthält die Behauptung, dass wir durch die eingeschränkte Handlungsfähigkeit beim Unterzeichnen der Staatsverträge international zum "Spielball" würden.

Dahinter ist mir die Logik gar nicht klar. Eher würde ich das Gegenteil behaupten: Nämlich dass wir nicht zum Spielball, sondern zum Fels werden, wo jede Staatsvertragsverhandlung durch das Mitwirken des Volks langsamer und überlegter wird, wo Verhandlungen blockiert werden und wo ständig nach Kompromissen gesucht werden muss.

Das kann zum Teil schon bremsend wirken. Die Verhandlungen werden nicht immer einfach sein. Aber dies ist der Preis, den wir für die direkte Demokratie bezahlen können und sollten!

Ein weiteres Argument gegen die Annahme der Initiative lautet wie folgt: Die Initiative gefährde Arbeitsplätze durch die Abschottung der Schweiz und durch die Zerstörung der guten internationalen Rahmenbedingungen.

Dieses Argument nervt mich aus zwei Gründen am meisten: Erstens wird hier wieder einmal das altbekannte "Arbeitsplätze" Argument verwendet. Ausgelutscht und langsam fast ohne Bedeutung wird dieses so oft und zu dem Zweck gebraucht,

um bei den Leuten die Angst um ihren Job in den Vordergrund zu rücken, während jegliches sonstiges Denken ausgeschaltet werden soll. Auch in diesem Fall handelt es sich um reine Angstmacherei, wie in 90% der Fälle, in denen es gebraucht wird. Hauptsächlich stört mich das Argument aber, weil es Hobbes-ähnlich davon ausgeht, dass wir alles Idioten sind. Hinter dem Argument steht eine pessimistische Grundhaltung gegenüber dem Menschen. Wieso sollten wir nicht in der Lage sein, kritisch bewerten zu können, ob ein Staatsvertrag uns schadet oder hilft? Sind unsere Repräsentanten so viel klüger? Vorausschauender?

Ist das überhaupt wichtig? Ist es nicht Teil der Demokratie, dass gemacht wird, was das Volk entscheidet, nicht was eine herrschende Minderheit als richtig empfindet?



Ich glaube, dass alle Bürger_innen in der Lage sind, entscheiden zu können, was ihnen schadet und was nicht. Das Volk ist nicht dumm, der Mensch ist nicht dumm. Wir haben das Recht zu entscheiden was mit unserem Staat, unserer Gesellschaft, passiert. Auch wenn es uns schaden könnte, auch wenn Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen und selbst wenn es mehr Gänge an die Urne für uns bedeutet.

Die "Staatsverträge vors Volk" Initiative heisst mehr direkte Demokratie, dagegen müssen wir uns nicht wehren.

AUNS-Initiative "Staatsverträge vors Volk" CONTRA: Die Initiative soll die Volksrechte stärken, erreicht aber genau das Gegenteil. Von Lorenz Stalder

Die politische und wirtschaftliche Elite ist sich einig. Eine Annahme der Initiative „Staatsverträge vors Volk“ von der AUNS wäre eine Katastrophe für die Schweiz. Betont wird der wirtschaftliche Schaden und der Verlust an Ansehen im Ausland. Einzig das rechtskonservative Lager spricht sich laut für die Initiative aus.

Das Stimmvolk ist sich offenbar nicht so sicher. Die jüngste Umfrage der SRG prophezeit eine Pattsituation. Auch aus linker Sicht ist die Sache nicht klar. Die Förderung der Volksrechte ist eines ihrer traditionellen Anliegen. Es gibt aber gute Gründe gegen die Initiative.

Dass die Initiative in der Bevölkerung positive Resonanzen erzeugt, zeigt deren Vorbehalte gegenüber völkerrechtlichen Verträgen. Diese werden oft fern der Schweiz abgeschlossen

Das würde vor allem einen allfälligen Beitritt zur EU oder zur NATO betreffen.

Völkerrechtliche Verträge sind also demokratisch legitimiert und können per Referendum gekippt werden.

Gerechterweise muss gesagt sein, dass das vom Initiativkomitee auch nicht bestritten wird. Dieses fordert lediglich einen Ausbau der Volksrechte in diesem Bereich.

Das obligatorische Referendum soll auf zusätzliche Verträge ausgeweitet werden. Generell sind „wichtige“ völkerrechtliche Verträge von der Initiative betroffen. Was mit „wichtig“ gemeint ist, lässt das Initiativkomitee offen.

Klar ist, dass das obligatorische Referendum auf zahlreiche Verträge ausgeweitet würde, die bisher dem fakultativen oder gar keinem Referendum unterstanden. Beispielsweise wäre das Schengen/Dublin-Abkommen zwingend dem Volk vorgelegt worden, jedoch auch Verträge wie das UN-Seerechtsübereinkommen.

Während das Erste vertretbar ist, ist das Zweite absurd. Verträge die rein technische Sachverhalte regeln und politisch unumstritten sind, müssten dieselben Anforderungen erfüllen wie Verfassungsnormen.

Es besteht aber kein vernünftiger Grund, von völkerrechtlichen Verträgen grundsätzlich eine höhere Legitimität zu verlangen, als von Landesrecht.

Die Initiative soll die Kontrolle des Volkes über die „wichtigen“ völkerrechtlichen Verträge erhöhen. Doch dadurch, dass diese zukünftig dem obligatorischen statt dem fakultativen Referendum unterstehen sollen, wird das Gegenteil erreicht.

Beim fakultativen Referendum müssen 50'000 Unterschriften gesammelt werden. Das ist zwar ein grosser Aufwand, aber das Volk kann dafür alleine über die Vorlage abstimmen.

Beim obligatorischen Referendum müssen keine Unterschriften gesammelt werden. Neben dem Volk müssen aber auch die Kantone zustimmen. Dabei kann es zur Konstellation kommen, dass die Mehrheit des Volks von einer Mehrheit bevölkerungsarmer Kantone überstimmt wird. Eine Minderheit des Volks kann eine Vorlage zu Fall bringen.

Von Stärkung der Demokratie kann keine Rede sein. Viel mehr wird der ausgeprägte Föderalismus der Schweiz ausgebaut.

Die Initiative verursacht hohe Kosten, blockiert die Aussenpolitik und schafft ungerechtfertigte Unterschiede zwischen Landes- und Völkerrecht. Die Rechte des Volks stärkt sie aber nicht, sondern schwächt sie im Verhältnis zu den Kantonen sogar. Es gibt also keinen Grund, die Initiative am 17. Juni anzunehmen.



und sind so komplex, dass nur Spezialisten sie verstehen. Die bestehende Distanz zum Volk wurde von Rechtspopulisten weiter zugespitzt. Heute ist das Bild verbreitet, dass völkerrechtliche Verträge undemokratisch sind und am Volk vorbei abgeschlossen werden. Dieses Bild ist falsch.

Völkerrechtliche Verträge werden zwischen Staaten abgeschlossen und verpflichten diese zu einem bestimmten Verhalten. Sie haben heute unbestritten einen grossen Einfluss auf unser Rechtssystem.

In der Schweiz handelt der Bundesrat solche Verträge aus. Bevor ein völkerrechtlicher Vertrag umgesetzt werden kann, muss er von National- und Ständerat angenommen werden. Solche Verträge haben dieselbe Legitimität wie Bundesgesetze.

Analog zu Bundesgesetzen unterliegen bedeutende Verträge auch dem fakultativen Referendum. Wenn 50'000 Stimmberechtigte dies verlangen, muss über den Vertrag abgestimmt werden.

Für einige Verträge von ähnlicher Wichtigkeit wie Verfassungsartikel, ist sogar ein obligatorisches Referendum erforderlich.

Jetzt endlich genügend bezahlbare Wohnungen in der Stadt Bern!

Am 1. Mai wurde die Initiative „Für bezahlbare Wohnungen“ lanciert. Die Junge Alternative JA! ist an vorderster Front dabei. Von Lea Bill

Wer kennt es nicht: Die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung in der Stadt Bern ist schwierig und ist in vielen Fällen nicht mit Erfolg gekrönt – es sei denn, man kennt jemanden, der/die bald auszieht und eine_n Nachmieter_in sucht. Kein Wunder ist die Suche so schwierig: In der Stadt Bern sind gerade mal 0.45% der Wohnungen leer (bei einem Leerwohnungsstand unter 1% wird von Wohnungsnot gesprochen). Zudem ist der Durchschnittspreis der leeren Wohnungen um ein Vielfaches höher als der Gesamtdurchschnitt, es stehen also vor allem teure Wohnungen zum Angebot. Dies zum einen, weil die günstigeren Wohnungen bereits unter der Hand vergeben werden; zum anderen aber auch, weil ein Mieter_innenwechsel nicht selten dazu genutzt wird, den Mietpreis zu erhöhen.



Wenn also nicht weiterhin nur die finanziell Meistbietenden eine Wohnung finden sollen, muss bezahlbarer Wohnraum gezielt gefördert werden. Aus diesem Grund hat ein breites Bündnis von Parteien, Gewerkschaften und Organisationen am 1. Mai die Initiative „Für bezahlbare Wohnungen“ lanciert (siehe Beilage).

Mit der Initiative soll die Bauordnung der Stadt Bern folgendermassen ergänzt werden:

1. Bei Um- und Neuzonungen soll sichergestellt werden, dass mindestens ein Drittel der Wohnnutzung als preisgünstigen Wohnraum erstellt und vermietet oder der Boden an gemeinnützige Organisationen abgegeben wird, welche die Wohnungsmieten dauerhaft nach effektiven Kosten kalkulieren und nicht nach dem Gewinnprinzip (so genanntes „Vermieten in Kostenmiete“).
2. Bei Neu- und Umbauten wird die erlaubte Nutzungsfläche um 20% erhöht, wenn im gesamten Gebäude preisgünstiger Wohnraum erstellt und in Kostenmiete vermietet wird oder wenn eine gemeinnützige Organisation Grundeigentümerin ist und ebenfalls dauerhaft in Kostenmiete vermietet.
3. Über Ausnahmefälle entscheidet der Stadtrat.

Jetzt haben wir also bis am 31. Oktober Zeit, die nötigen 5000 Unterschriften zu sammeln. Wir zählen auf eure Mithilfe!

Mehr Infos: www.wohnenfueralle.ch

Managed Care -

oder wenn Dein Arzt Deiner Krankenkasse gefallen muss

Managed Care wirkt verlockend. Aber es bevormundet die Patient_innen und erhöht die Macht der Krankenkassen. Von Nadin Fuhrer

Managed Care sollte nach langem Hin und Her im Parlament im Herbst des letzten Jahres im Krankenkassengesetz verankert werden. Gewerkschaften, SP und zahlreiche Ärzte- und Pflegeverbände haben jedoch dagegen das Referendum ergriffen. Was ist das Problem? Von Managed Care oder integrierter Versorgung wird gesprochen, wenn sich Leistungserbringer_innen - etwa Hausärzt_innen, Spezialärzt_innen und Physiotherapeuten_innen - zum Zweck der Koordination der medizinischen Versorgung zusammenschliessen. Krankenversicherer bieten ihren Versicherten schliesslich solche Netzwerke an.

Entschliessen wir als Krankenversicherte uns einem entsprechenden Netzwerk anzuschliessen, unterstützen wir laut Befürworter_innen ein strafferes Behandlungsprozedere und damit eine höhere, effektivere Behandlungsqualität, dies führt schliesslich zu kleineren Kosten und tieferen Prämien. Ausserdem werden wir als Patient_innen in einem Netzwerk mit einem kleineren Anteil an Selbstbehalt belohnt.

Wo ein Bonus ist, ist aber bekanntlich ein Malus nicht weit: Wer sich einem Netzwerk anschliesst, verzichtet auf die freie Arztwahl und wird in seinen gesundheitlichen Entscheidungen bevormundet. Im konkreten Fall bedeutet dies z.B., dass jemand mit psychischen Problemen sich zuerst bei seinem Hausarzt/-ärztin rechtfertigen muss, ehe er/sie eine/n ihm/ihr vorgeschriebenen Psychiater_in aufsuchen darf. Wer weiterhin seine Ärzt_innen frei wählen will (weil es vielleicht in der näheren Umgebung gar kein Netzwerk gibt!), wird mit einem höheren Selbstbehalt als bis anhin bestraft.

Die Beteiligten an einem Netzwerk übernehmen ausserdem eine Budgetmitverantwortung d.h. ein von den Krankenkassen vorgegebenes Budget für eine Behandlung XY darf nicht überschritten werden. Verluste und Gewinne werden teils von den Mediziner_innen im Netzwerk mitgetragen. Es ist nahe liegend, dass gerade unter der letztgenannten Massnahme von Managed



Care die Qualität einer Behandlung stark abnehmen kann, ist das erforderliche Budget überschritten. Warum einfach einmal eine halbe Stunde einem/r Patient_in zuhören, wenn man diesem in fünf Minuten ein Medikament verschreiben kann? Krankenkassen können ausserdem Ärzt_innen, welche bekanntlich teuer sind, aus Netzwerken ausschliessen.

Trotz des guten Ansatzes der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen medizinischen Fachstellen, scheint der Spardruck der Krankenkassen die Managed Care Vorlage zu überschatten. Deshalb empfiehlt die JA! die Vorlage zur Ablehnung.

interessiert? komm vorbei!

wir treffen uns jeden zweiten Dienstag abend im JA!-Seki an der Neubrückstrasse 17 in Bern (Buslinie 11 „Neufeld“ oder 21 „Bremgarten“ bis Haltestelle „Henkerbrännli“), > gegenüberliegende Strassen- seite erstes Haus an der Kreuzung:

Dienstag, 4.Juni, 18.30 Uhr
Dienstag, 19.Juni, 18.30 Uhr
Dienstag, 3.Juli, 18.30 Uhr

Impressum

Der ja!rgon erscheint 4 mal jährlich

Junge Alternative JA!
Postfach 6874
3001 Bern

Telefon 031 301 82 09
Telefax 031 302 88 78

info@jungealternative.ch
www.jungealternative.ch
Postkonto 30-1054-3

Redaktion dieser Ausgabe:
Seraina Patzen, Nicolas Fuhrmann, Rahel Ruch, Robin Zurbrügg, Lorenz Stalder, Lea Bill, Nadin Fuhrer
Gestaltung: Regula Zimmermann
Layout: Lorenz Stalder
Lektorat: Lorenz Stalder, Nadin Fuhrer

JA!genda

- › 16. Mai - 7. Juni 2012: Daheim Sein - Wohnbau- genossenschaften. Ausstellung zum UNO-Jahr der Genossenschaften im Kornhausforum (Galerie)
- › Di, 29. Mai, 19.30 Uhr Stadtsaal im Kornhaus: Podiumsdiskussion "Zürichs Erfolge, Berns Strategie? Wohin steuert der gemeinnützige Wohnungsbau?" Es diskutieren Ernst Hauri, Direktor Bundesamt für
- › 02.Juni "Tanz dich frei 2.0", Strassenfest in der Stadt Bern. Treffpunkt 20:00 Uhr bei der Reitschule
- › So, 3. - 10. Juni: Klimacamp in Zürich. Infos: www.klimacamp.ch
- › 17. Juni Abstimmungen

Abstimmungen auf Bundesebene:

- "Bausparinitiative" Nein
- "Staatsverträge vors Volk" Nein
- "Managed Care" Nein

Abstimmungen auf städtischer Ebene:

- "Warmbächliweg-Güterstrasse" JA!
- "Stöckacker Süd" JA!
- "Allmenden" JA!

- › 19. Juni: „Wenn sich Grün mit Braun vermischt“, eine Podiumsdiskussion über die Gefahren der Eco- popinitiative organisiert vom Grünen Bündnis. Um 19:30 Uhr im Vatter Business Center am Bärenplatz. Weitere Infos unter: www.gbbern.ch
- › Mi 20. Juni, 20 Uhr, Hotel Bern: Bedingungsloses Grundeinkommen: Moderiert von Oswald Sigg, Po- litologe, Journalist, ehemaliger Vizekanzler und Bun- desratssprecher, diskutieren Enno Schmidt, Künstler und Filmemacher, und Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds über die Bedeutung des bedingungslosen Grundeinkommens für Arbeit und Lohn.
- › 23. Juni: gesamtschweizerische Grossdemo „Stopp der Menschenverachtenden Asylpolitik“. Treffpunkt 14:30 Uhr auf der Schützenmatt in Bern. Weitere Infos: www.asyl.ch/demo

